

DNF gagne devant les tribunaux

Dans son édition du 25 mai 2001, le journal satirique avait affublé Georges Als du sobriquet Georges "Alzheimer". Défendu par l'avocat Gaston Vogel, lui-même en guerre permanente avec DNF, Georges Als argumentait que cette référence serait une "insulte d'une gravité hors pair à son encontre puisque de cette façon le requérant serait mis en relation avec une maladie qui altère globalement les fonctions cognitives". L'affaire remonte en fait à la polémique autour de l'oeuvre "Lady Rosa" de l'artiste Sanja Ivekovic, à laquelle s'était opposée une initiative machiste, dont Als faisait partie. Pour le tribunal d'arrondissement de Luxembourg, la maladie d'Alzheimer n'a rien de honteux ni de méprisant. De plus, il en appelle au discernement du lecteur, pour qui la proximité phonétique du nom et de la maladie devrait paraître évidente et ne laisse en rien présupposer qu'Als en soit atteint. Enfin, il rappelle que le but de ce journal est "de traiter l'actualité sur le ton de la dérision". Finalement, Georges Als ne devra pas oublier de verser une indemnité de procédure de 700 euros au Feierkrop.

Etudes et business

C'est Pierre Gramegna, directeur de la Chambre de commerce, qui fut chargé de tenir l'exposé pour la rentrée académique 2005, ce mercredi 12 octobre. Sous le titre "L'entreprise, carrefour de l'économie, de l'éducation et de la recherche", le monde des affaires présenta ses doléances. Pour ce qui est de leur approche utilitariste de l'enseignement supérieur, ils restent fidèles à eux-mêmes: la Chambre de commerce veut privilégier la mise en place de projets de formation et de recherche du type Master et PhD hautement spécialisés et ayant "une justification dans la structure de notre économie". Dans un autre registre, Gramegna plaida en faveur d'une facilitation de l'attribution de visas et de permis de travail aux chercheurs et aux étudiants provenant de tous les pays membres de l'UE, voire de pays tiers. Cette dernière proposition fera certainement plaisir aux ministres de la justice, du travail et de l'immigration. Pour l'instant, les étudiant-e-s de pays tiers subissent un parcours du combattant s'ils veulent étudier au Luxembourg.

"Der Staat war ich"

Endlich geht er. Otto Schily (SPD), der seine berufliche Karriere als Strafverteidiger der militanten "Rote Armee Fraktion" (RAF) und Mitglied der ersten grünen Bundestagsfraktion begann, muss das deutsche Innenministerium räumen. In der kommenden schwarz-roten Regierung wird das Amt von einem Mitglied aus CDU oder CSU geleitet. Doch Schily hat in den vergangenen sieben Jahren ganze Arbeit geleistet. Das Grundrecht auf Asyl wollte er auf ein Gnadenrecht zusammenstreichen, da die "Belastungsgrenze" der Bundesrepublik erreicht sei. Mit den als "Otto-Kataloge" bekannt gewordenen Sicherheitspaketen I und II war der heute 73-Jährige nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 für zahlreiche Gesetzesverschärfungen verantwortlich. Auf seine Initiative hin werden noch in diesem Jahr biometrische Merkmale in bundesrepublikanische Pässe aufgenommen. Auch außenpolitisch gehörte der Hardliner zur Avantgarde. So forderte er bereits 2004, die EU solle in Nordafrika "Auffanglager" errichten, um Flüchtlinge am Transit nach Europa zu hindern. Doch der scheidende Innenminister, dem Grünen-Chef Reinhard Bütikofer jüngst vorwarf, er verwechsle sich immer mehr mit dem Staat, hat auch Mißerfolge zu verzeichnen. So setzte er 2001 das angestrebte Verbot der rechtsextremen NPD mit einem miserabel ausgearbeiteten Antrag an das Bundesverfassungsgericht in den Sand. Als mögliche Nachfolger wurden unter anderem Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) und CDU-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble genannt. Es kann also nur besser werden.

Das Problem migrantischer Prostituiertes sind nicht die Zuhälter, sagt Veronica Munk. Abhängig werden sie vor allem dann, wenn sie nicht legal einreisen und arbeiten können.

(Foto: Renée Wagener)

SEXARBEIT & MIGRATION

"Das Prostitutionsgesetz war ein wichtiges Signal"

woxx: *Was ist seit der Einführung des Prostitutionsgesetzes in Deutschland anders geworden?*

Veronica Munk: Das deutsche Gesetz gibt es seit Januar 2002. Es besteht im Grunde genommen nur aus drei Punkten: Erstens wurde der Tatbestand der Sittenwidrigkeit abgeschafft. Zweitens erkennt es allen, die in der Prostitution arbeiten, egal ob selbständig arbeitend oder abhängig beschäftigt, arbeitsrechtliche Garantien zu, etwa Mutterschutz oder Urlaub. Dritter Punkt: Die Förderung der Prostitution, etwa durch das Anbieten von guten Arbeitsbedingungen oder die Bereitstellung von Kondomen, ist nicht mehr strafbar.

Hat sich das Verhältnis der Prostituierten zu den Zuhältern dadurch verändert?

Die meisten Frauen sind nicht von Zuhältern abhängig. Es müssen nicht Zuhälter sein, die ihre Situation ausnutzen. Es kann auch der Vermieter sein, der einen höheren Mietpreis fordert, weil er weiß, dass eine Migrantin sich nicht wehren kann. Sie wird ausgebeutet, weil sie illegal ist, nicht weil sie einen Zuhälter hat.

Sind die Frauen selbst daran interessiert, Arbeits- und Sozialversicherungsverträge abzuschließen?

Zum Teil. Auch wenn die Prostitution gesetzlich anerkannt wurde ist sie noch immer stigmatisiert und diskriminiert. Es gibt auch Studentinnen und Hausfrauen, die sich manchmal prostituieren. Und die wollen sich oft nicht outen. Manche, die dem Gewerbe professionell nachgehen, melden sich dennoch nicht an, weil sie Angst haben, z.B. vor der Diskriminierung oder dem Finanzamt.



Wie lautet Ihre persönliche Bilanz des Gesetzes?

Ich finde es sehr positiv, weil die Sittenwidrigkeit abgeschafft wurde. Das bedeutet, dass jede Person, die in der Prostitution arbeiten will, Rechte hat. Heute kann eine Frau, wenn ihr Freier sie nicht bezahlt, zur Polizei gehen. Das ist ein Schritt in Richtung Empowerment. Politisch war das ein wichtiges Signal. Jetzt müssen weitere Schritte folgen. Die Sperrbezirke etwa müssen abgeschafft werden, weil dadurch Sexarbeiterinnen dazu gezwungen werden, auf abgelegenen und gefährlichen Plätzen zu arbeiten. Aber vor allem muss das Prostitutionsgesetz mit dem Ausländergesetz verknüpft werden, so dass Migrantinnen legal einreisen können, um in der Prostitution zu arbeiten.

Warum sind Prostitutionspolitik und Einwanderungspolitik so eng miteinander verbunden?

Je mehr man die Türen schließt, desto kreativer werden die Menschen, die migrieren müssen weil sie in Not sind,

oder weil sie es möchten. Sie werden immer Wege finden, um nach Europa zu kommen. Auch wenn sie mehr dafür bezahlen müssen und dadurch abhängiger werden. Aber man muss auch sehen: Der Bedarf an Arbeitskräften besteht nicht nur für Prostitution. Es gibt auch einen ganz großen Markt für billige Arbeitskräfte in ganz Europa. Für den Haushalt, für die Pflege. Wer macht die ganze Pflege für Ältere und für Kinder in Deutschland. Das sind MigrantInnen.

Migration ist wie die Prostitution eine Realität, egal ob die Gesellschaft das will oder nicht. Wenn der Staat diesen Phänomenen gegenüber blind bleibt, werden sich nur noch mehr soziale Brennpunkte bilden.

Hat die EU-Osterweiterung einen Einfluss auf die Situation der Migrantinnen?

Frauen aus den neuen EU-Ländern haben jetzt beispielsweise in Deutschland einen anderen Status. Sie können jetzt in Deutschland als Selbständige arbeiten. Und es sind auch sehr viele Frauen aus Polen und aus

den baltischen Ländern, die kommen, sich selbständig machen und legal arbeiten. Sie können somit ohne die Hilfe Dritter einreisen und legal arbeiten.

Die neuen EU-Länder sind dadurch nicht mehr nur Herkunfts- oder Transitländer, sondern auch Zielorte. Sehr viele Frauen reisen aus der Ukraine erst mal in diese Länder. Manche bleiben sogar dort. Und die Situation beispielsweise in Polen ist natürlich besser als in Russland oder in der Ukraine. Das Problem ist nur, dass nicht alle Länder über die gleichen Infrastrukturen verfügen - etwa was Nichtregierungsorganisationen angeht - mit der diese Frauen unterstützt werden können, wie etwa Deutschland, Frankreich, Italien oder Luxemburg.

Gibt das Gesetz Frauen, die unter Gewalt gelitten haben, einen Status?

In Hamburg bekommt man in so einem Fall vier Wochen Bedenkzeit. Während dessen muss man sich überlegen, ob man vor Gericht gehen will. Wer aussagen will, kann nur bleiben, bis der Prozess zu Ende ist. In dieser Zeit, in der die Frau im Grunde genommen nur dem Staat dient, weil sie Zeugin ist, darf sie nicht arbeiten, nicht studieren. In Italien bekommt die betroffene Frau ein Arbeitsrecht, kann lernen, eine Ausbildung machen. Und gegebenenfalls am Ende des Prozesses in Italien bleiben.

Die Debatte kreist bis jetzt einzig um die Frauen. Mit den Klienten wird kaum gearbeitet.

Das ist ein großes Versäumnis. Die Freier verlangen immer häufiger ungeschützten Verkehr. Wenn man bedenkt, dass Prostitution ein Vertrag zwischen zwei erwachsenen Personen ist, bedeutet das auch, dass beide für die Konsequenzen verantwortlich sind. Darum glauben wir, dass die Zeit mehr als reif ist, sich mit gezielten Kampagnen für Safersex an die Freier zu richten.

Manche FeministInnen argumentieren, es gebe keine freiwillige Prostitution, sie geschehe stets unter ökonomischem Zwang.

Es gibt eine politische und ökonomische Situation, die die Frau dazu führt, sich für Migration zu entscheiden. Das ist der erste Schritt, danach kommen dann die verschiedenen weiteren Abhängigkeiten, weil sie nicht auf einem legalen Weg migrieren und arbeiten kann. In diesem Prozess ist Prostitution eine Konsequenz. In dem Moment, wo es nur wenig Arbeitsmöglichkeiten gibt, ist Prostitution eine Möglichkeit, weil es keine Alternative gibt, die Frauen nicht ausgebildet sind oder weil ihre Ausbildung nicht anerkannt wird. Niemand zwingt sie in diesem Moment, sondern es ist die Situation, die sie zwingt.

Die schwedischen Feministinnen sagen, es sei menschenunwürdig, dass Frauen in der Prostitution arbeiten. Wir sagen, Prostitution ist eine Tätigkeit, die Millionen von Frauen weltweit ausüben, um sich selbst und ihre Familie zu ernähren. Es ist eine Frage der Menschenrechte, Prostituierten eine Stimme zu geben, Rechte zu geben, ihre Würde zurückzugeben.

Renée Wagener

Zur Person:

Veronica Munk ist Vorstand von Amnesty for Women e.V. in Hamburg und Leiterin von TAMPEP in Deutschland, einem Projekt, das sich für Aids-Prävention unter Prostitutionsmigrantinnen und für die Arbeits- und Menschenrechte dieser Zielgruppe einsetzt. Sie erläuterte am Dienstag auf Einladung des Hilfsdienstes für Sexarbeiterinnen Drop-In das 2002 in Deutschland in Kraft getretene Gesetz zur Prostitution. Im Unterschied zu Luxemburg, wo Prostitution gesetzlich nicht strafbar ist, galt sie in Deutschland bislang als sittenwidrig und war deshalb strafbar. Modellhaft für Luxemburg könnte das deutsche Gesetz vor allem in der Hinsicht sein, dass es Huren erlaubt, sowohl selbständig als auch in einem Beschäftigungsverhältnis zu arbeiten.